



## Linksextreme Gewalt und Linksterrorismus in Deutschland und Europa

Reale Gefahr oder bürgerliches Schreckgespenst?

*Norman Siewert*

### Zum Mitnehmen

- Die linksextremistische Szene in Deutschland umfasst heute ca. 28.500 Personen, von denen 8.500 als gewaltbereit eingestuft werden.
- Zwischen den linksextremistischen Szenen in Europa gibt es vermehrt Kooperationsbestrebungen.
- Eine geringe Anzahl deutscher Linksextremisten hat sich als ausländische Kämpfer den syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) angeschlossen. Im Falle ihrer Rückkehr könnten diese ein erhöhtes Gefahrenpotenzial darstellen.
- Vom Islamismus geht weiterhin ein ungleich größeres terroristisches Bedrohungspotenzial als vom Linksextremismus und vom Rechtsextremismus aus.
- Um eine weitere politische Polarisierung und Radikalisierung zu verhindern, muss dennoch allen Formen des Extremismus entschieden entgegengewirkt und die Präventionsarbeit in allen Feldern intensiviert werden.

## INHALT

---

### 2 | Zusammenfassung

### 2 | Hintergrund

### 2 | Linksextreme Gewalt – Ein Überblick

### 3 | Linksterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

### 4 | Zum Zustand der linksextremistischen Szene: die Frage der linken Militanz

### 4 | Europäische und internationale Dimen- sion: grenzüberschrei- tendes Agieren

### 5 | Fazit: moderates, aber nicht zu unter- schätzendes Bedro- hungspotenzial

### 6 | Ausblick und Handlungsempfehlun- gen

---

## Zusammenfassung

Die Ausschreitungen anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg am 6. und 7. Juli 2017 haben den Linksextremismus als innenpolitische Herausforderung in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Doch auch schon frühere Gewaltausbrüche am Rande antikapitalistischer Demonstrationen oder im Umfeld besetzter Häuser zeigten, dass linksextreme Gewalt kein zu vernachlässigendes Randphänomen darstellt. Insbesondere im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/08 wurde ein sprunghafter Anstieg des Gewalt- und Personenpotenzials verzeichnet – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Bis heute verharrt es auf einem hohen Niveau. Obwohl die Gefahr eines Linksterrorismus in Deutschland und Europa gegenwärtig als gering einzuschätzen ist, könnte eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft unter den gegebenen Umständen zu einem Erstarren des linksterroristischen Bedrohungspotenzials führen.

## Hintergrund

Am Rande des Treffens der Staats- und Regierungschefs zum G-20-Gipfel am 6. und 7. Juli 2017 in Hamburg kam es zu schweren Ausschreitungen vor allem durch militante Autonome. Dabei wurden 709 Polizeibeamte verletzt, davon 592 vorsätzlich durch Fremdeinwirkung.<sup>1</sup> Die Gewaltintensität übertraf damit noch die zuvor geäußerten Befürchtungen und stellt nach Ansicht von Experten eine neue Dimension links-extremistischer Gewalt dar.<sup>2</sup> In der Folge wurde eine Sonderkommission eingesetzt, die derzeit in mehr als 3.000 Fällen ermittelt. Jüngst führte die Polizei zudem Razzien in acht Bundesländern gegen mutmaßliche Randalierer durch.

Bundesweit sorgte das Verhalten der G-20-Gegner für Empörung und löste eine intensive Debatte über das Gewaltpotenzial militanter Linker aus. Bundesinnenminister Thomas de Maizière verglich die Randalierer mit Neonazis und islamistischen Terroristen.<sup>3</sup> Der Linksextremismus rückte damit schlagartig in das öffentliche Bewusstsein und wurde plötzlich sogar zum emotionalen Streitgegenstand im Bundestagswahlkampf. Mit einigem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen in Hamburg stellt sich noch immer die Frage, wie groß die Gefahr für die Innere Sicherheit eigentlich ist, die vom Linksextremismus ausgeht. War Hamburg bloß eine Ausnahme oder gaben die Krawalle einen Vorgeschmack auf künftige Eskalationen? Lassen sich darüber hinaus – vierzig Jahre nach den Ereignissen des „Deutschen Herbstes“ (1977) – Ansätze einer neuen linksterroristischen Bedrohung ausmachen?

## Linksextreme Gewalt – Ein Überblick

Das Phänomen links-militanter Ausschreitungen ist keineswegs unbekannt. Bereits im Zuge des G-8-Gipfels von 2007 kam es in Rostock am Rande einer globalisierungskritischen Demonstration zur gewaltsamen Eskalation durch den „schwarzen Block“. Ein ähnliches Bild bot sich im März 2015, als in Frankfurt am Main militante Gegner der europäischen Währungspolitik Autos anzündeten und die Polizei mit Steinen und Flaschen bewarfen. In Berlin-Friedrichshain lieferten sich im Juli 2016 und zuletzt wenige Wochen vor dem G-20-Gipfel militante Hausbesetzer aus dem Umfeld der besetzten „Rigaer94“ regelrechte Straßenschlachten mit der Polizei. Dies sind nur einige Beispiele für die zahlreichen Vorfälle, zu denen es vor allem in Berlin, Hamburg und Leipzig seit Jahren immer wieder kommt. Häufige Angriffsziele gewaltbereiter Linksextremer sind Polizeiwachen, Bundeswehrfahrzeuge, öffentliche Einrichtungen,

„Luxuskarossen“ und „Luxuswohnungen“, (vermeintliche) Rechtsextremisten sowie zunehmend auch Abgeordnetenbüros fast aller Parteien.

Von 2004 bis 2016 verübten Linksextreme jährlich mehr Gewalttaten als Rechtsextreme.

Dass es sich beim Linksextremismus um ein virulentes Problem handelt, belegen auch die Beobachtungen der Verfassungsschutzbehörden sowie des Bundeskriminalamtes (BKA). Hiernach stieg die Anzahl linksextremer Gewalttaten 2008/09 beträchtlich an, schwankte einige Jahre auf hohem Niveau und legte 2014 noch einmal deutlich zu. Bis 2016 lag ihre Zahl fast zwölf Jahre lang über der rechtsextremer Gewalttaten. Im Jahr 2015 beispielsweise standen 1.354 Körperverletzungen „von links“ 1.177 „von rechts“ gegenüber.<sup>4</sup>

Im zeitlichen Kontext der Flüchtlings- und Migrationskrise wurden zwar deutlich mehr rechtsextreme Körperverletzungen (2016: 1.393) als linksextreme (916) verübt, dennoch überwog insgesamt knapp die Anzahl der linksextremen Gewalttaten. Obwohl diese im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken waren, erreichte das linksextremistische Personenpotenzial 2016 mit 28.500 Personen den höchsten Wert seit 2012.<sup>5</sup> Ungefähr 8.500 von diesen weisen eine dezidiert gewaltorientierte Einstellung auf – etwa zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Bundesverfassungsschutz konstatiert darüber hinaus ein allgemein gewachsenes Gewaltpotenzial im linksextremistischen Spektrum. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung sei dort spürbar gestiegen.<sup>6</sup> Die Frage nach der Gefahr eines entstehenden Linksterrorismus erscheint damit nicht abwegig.

## Linksterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Dass die Erscheinungsform des linken Terrorismus keine bloße Fiktion darstellt, zeigt auch der historische Rückblick. Die RAF (1970-1998) sowie die „Bewegung 2. Juni“ (1971/72-1980) sind die zwei bekanntesten deutschen linksterroristischen Gruppierungen, wobei die RAF die mit Abstand gewalttätigste war. Ihre Mitglieder ermordeten insgesamt 34 Menschen. Dabei richtete sich ihre sozialrevolutionäre Gewalt keineswegs „nur“ gegen die Vertreter „des Systems“. Zu den Ermordeten der RAF zählten auch Leibwächter und Fahrer der prominenten Opfer sowie eine unbeteiligte Passantin in Zürich.<sup>7</sup>

Mit den „Roten Zellen“ (RZ) war in den 1970er bis in die 1990er Jahre zudem eine weitere linksterroristische Gruppierung aktiv. Im Unterschied zur RAF sprachen sie sich gegen Tötungen aus. Dennoch starb 1981 der hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry, als er zum Opfer einer „Knieschuss-Aktion“ wurde, die von den RZ anschließend als Unfall bezeichnet wurde. Auf physische Gewalt verzichteten die RZ auch nach dem Tod Karrys nicht.

Jüngere links-terroristische Gruppen bildeten sich v.a. im Umfeld der Autonomen-Subkultur.

Anders als die streng hierarchisch strukturierte RAF standen die eher dezentral organisierten RZ der Autonomen-Subkultur nahe. Sie waren stets bestrebt, ihre Anbindung an die Autonomen zu forcieren, um diese weiter zu radikalisieren und für die eigene Sache zu mobilisieren. Das Modell der RZ diente später als Vorbild für weitere klandestin-militante Vereinigungen im Umfeld der Autonomen-Subkultur, wie die in den 1990er Jahren aktive „Klasse gegen Klasse“ (KgK) sowie die zwischen 2001 und 2007 operierende „militante gruppe“ (mg). In zeitlicher Folge der weltweiten Finanzkrise von 2007/08 trat Ende des Jahres 2009 mit den „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) eine neue quasi-terroristische Gruppierung auf, die sich demonstrativ in die Tradition der RZ stellte.

## Zum Zustand der linksextremistischen Szene: die Frage der linken Militanz

Heute bilden revolutionäre Marxisten-Leninisten (hierunter fallen orthodoxe Kommunisten, Troztkisten sowie Maoisten) mit ca. 21.800 Personen die mit Abstand größte Strömung innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Zumeist sind sie in Parteien, Verbänden oder Vereinen organisiert und verfolgen eine legalistische Strategie, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Obwohl sie in letzter Konsequenz auf die Beseitigung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung abzielen, geht von ihnen ein eher geringes Gewaltpotenzial aus.<sup>8</sup>

Anders sieht es dagegen bei den Autonomen aus, die der anarchistischen Strömung zuzurechnen sind. Zwar ist ihre Zahl bedeutend geringer, jedoch haben sie seit 1989/90 trotz einer anhaltenden Identitätskrise nicht an Anziehungskraft eingebüßt. Im Gegenteil, ihre Anzahl stieg von ca. 2.300 (1990) auf bis zu 7.000 (2001) sogar erheblich an. Heute werden etwa 6.800 Linksautonome gezählt.<sup>9</sup> Ihre Attraktivität für vorwiegend 18- bis 28-Jährige speist sich aus einer Mischung aus losen Organisationsstrukturen, aktionsbezogenem Handeln sowie einem vergleichsweise undogmatischen ideologischen Unterbau. Mit dem Ansteigen rechtsextremistischer Gewalttaten in den frühen neunziger Jahren avancierte der Antifaschismus zum Hauptaktionsfeld der Autonomen. Damit erschlossen sie sich eine bis ins linksbürgerliche Milieu hinein anschlussfähige Legitimationsbasis.<sup>10</sup> Letzteres ist auch ein erklärtes Ziel von Gruppen, die sich selbst als postautonom bezeichnen und im Kontext der G20-Proteste eine zentrale Rolle spielten, wie unter anderem die Interventionistische Linke (IL).

Wie die eingangs genannten Beispiele veranschaulichen, geht von den Autonomen ein ausnehmend hohes Aggressionsniveau aus. Seit den achtziger Jahren stellt ihre kategorische Militanzbereitschaft das zentrale Identifikationsmoment innerhalb dieser Subkultur dar und ist konstitutiv für das eigene Selbstverständnis. Dabei reicht die Bandbreite ihres Gewalthandelns von der „Massenmilitanz“ am Rande von Demonstrationen bis hin zu Anschlägen klandestiner Gruppen. Anders als die revolutionären Marxisten-Leninisten, wollen die Linksautonomen den Staat allerdings nicht übernehmen, da sie jede Form von Staatlichkeit als „repressiv“ und korrumpierend ablehnen. Sie zielen vielmehr darauf ab, die Gesellschaft von innen heraus zu revolutionieren, insbesondere indem „Freiräume“ geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund wird die eigene Militanz als eine vermeintlich legitime Form der Gegen-Gewalt gegen die „strukturelle Gewalt des herrschenden kapitalistischen Systems“ gerechtfertigt. Der Polizist in personifizierter Vertretung des staatlichen Gewaltmonopols stellt dementsprechend – neben dem Rechtsextremisten – das zentrale Feindbild dar.

## Europäische und internationale Dimension: grenzüberschreitendes Agieren

Ein Blick nach Südeuropa zeigt, dass der gewaltbereite Linksextremismus auch ein Problem von internationaler Bedeutung ist. So ereigneten sich in Italien in den Jahren 1999 und 2002 zwei politische Morde, die einer in der Tradition der „Roten Brigaden“ stehenden Gruppierung zuzuschreiben sind. 2007 durchkreuzte die italienische Polizei einen umfangreichen Anschlagplan auf hochrangige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

In Spanien und Griechenland stieg die Zahl linksextremer Anschläge und Anschlagversuche insbesondere mit der ökonomischen Krise 2007/08 deutlich an. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf Griechenland gelegt werden, das eine ausnehmend

Autonome stellen die mit Abstand größte Gruppe der gewaltbereiten Linksextremisten.

Die weltweite Finanzkrise führte in Südeuropa zu einem Anstieg linksextremistischer und linksterroristischer Aktivitäten.

gewaltbereite Autonomen-Szene vorzuweisen hat. 2010 verschärfte die Staatsschuldenkrise dort die sozioökonomische Situation, wodurch die Radikalisierung der extremen politischen Ränder erheblich zunahm: Im November 2010 wurden 13 Briefbomben an die Botschaften diverser europäischer Länder sowie u.a. an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel verschickt. Im Frühjahr 2017 wurde erneut eine Serie von Briefbomben versendet, die u.a. im Bundesfinanzministerium und beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Paris eingingen. Verantwortlich hierfür war die linksrevolutionäre Organisation „Verschwörung der Feuerzellen“.

Vor diesem Hintergrund gibt der Umstand Anlass zur Besorgnis, dass seit einigen Jahren vermehrt Kooperationsbestrebungen zwischen den linksextremistischen Szenen in Europa zu beobachten sind. Nicht zuletzt offenbarte die rege Beteiligung zahlreicher Ausländer an den antikapitalistischen Protesten in Frankfurt am Main 2015 oder jüngst in Hamburg das unheilvolle Potenzial eines grenzüberschreitenden Agierens linksextremistischer Akteure. Im Falle des Hamburger G20-Gipfels ließ sich zudem beobachten, dass neben Aktivisten aus Italien, Spanien und Griechenland auch Linksextremisten aus Skandinavien und den Benelux-Staaten vermehrt für die Proteste anreisten.<sup>11</sup>

Das linksextremistische Netzwerk beschränkt sich allerdings nicht nur auf Europa: So nahmen zahlreiche türkische linksextremistische Gruppierungen sowie Vertreter der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK an den G20-Protesten in Hamburg teil. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass die Situation der syrischen Kurden zunehmend an Aufmerksamkeit in der linksextremistischen Szene gewonnen hat. Stand einige Jahre lang vor allem Griechenland im Fokus linksextremistischer Solidaritätskampagnen, das seit Ausbruch der europäischen Währungskrise als Opfer „deutschen Finanz-Imperialismus“ galt, solidarisieren sich seit 2014/15 in Anbetracht des Vordringens des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) weite Teile des linksextremistischen Spektrums mit den syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), deren Widerstand gegen den IS als antifaschistischer Kampf interpretiert wird. Im Zuge dessen reisten einige Linksextremisten nach Syrien, um gegen den IS und für ein sozialistisches (West-)Kurdistan zu kämpfen. Das BKA warnte daraufhin die Landeskriminalämter vor der möglichen Rückkehr überlebender Kämpfer. Die 38 Personen, die konkret im Fokus stünden und z.T. zuvor schon als gewaltbereit galten, würden nun über militärisches Wissen und Kampferfahrungen verfügen, hieß es. Es sei nicht auszuschließen, dass sie in Deutschland terroristische Aktivitäten entwickeln.<sup>12</sup>

### Fazit: moderates, aber nicht zu unterschätzendes Bedrohungspotenzial

Es lässt sich festhalten, dass linksextreme Gewalt mitnichten eine vernachlässigbare Randerscheinung in Deutschland und Europa darstellt. Dennoch ist das Bedrohungspotenzial durch einen neuen Linksterrorismus in der Bundesrepublik nach Einschätzung des BKA aktuell als moderat zu bewerten: Dessen Präsident, Holger Münch, sprach im Juli von einer nur geringen einstelligen Anzahl von Gefährdern, denen die Bildung linksterroristischer Strukturen zuzutrauen sei. Zweifelsohne gehe vom Islamismus, in dessen Spektrum die Anzahl der Gefährder derzeit auf 690 beziffert wird, eine ungleich größere Gefahr für die Innere Sicherheit aus. Und auch die Bedrohung durch mögliche rechtsextremistische Gefährder, deren Zahl im niedrigen zweistelligen Bereich liege, sei größer als die durch den Linksextremismus.<sup>13</sup>

Nichtsdestotrotz zeigen die hier skizzierten Entwicklungen einen besorgniserregenden Trend auf: Zum einen ist die Zahl gewaltorientierter Linksextremisten zuletzt gewachsen. Zum anderen haben die Eskalationen der vergangenen Jahre gezeigt,

dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gesunken sowie ihre Intensität gestiegen ist. Hinzu kommt, dass die Ausschreitungen während des G-20-Gipfels das Selbstbewusstsein der Szene erheblich gestärkt zu haben scheinen. Immerhin war es gelungen, die Sicherheitsbehörden und die Politik tagelang vorzuführen. Anlass zur Besorgnis muss überdies der Umstand geben, dass hier offenbar in größerem Umfang unpolitische Trittbrettfahrer zur Gewalt animiert werden konnten. Es ist zu befürchten, dass sich die „Schlacht auf der Schanze“<sup>14</sup> langfristig als identitätsstiftende Erfahrung im kollektiven Gedächtnis der Autonomen-Subkultur verfestigen wird. Zukünftige Proteste gegen vergleichbare Veranstaltungen werden sich an diesen als „Erfolg“<sup>15</sup> bezeichneten Ausschreitungen messen lassen müssen.

Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass sich die Konsequenzen linksextremistischen Gewalthandelns für Leib und Leben anderer keineswegs abschätzen lassen. Die übliche Behauptung, Menschenleben nicht gefährden zu wollen, erweist sich damit als illusorisch. So war es nach Ansicht von Experten auch im Rahmen der Hamburger G20-Proteste nur dem Zufall geschuldet, dass es keine Todesopfer gab: Es habe sich deutlich gezeigt, dass „Teile der autonomen Szene den Tod von Polizisten zumindest einkalkulierten“<sup>16</sup>. In der Autonomen-Subkultur lassen sich überdies latente sozialrevolutionär-terroristische Einstellungen konstatieren. Im Falle von klandestin-militanten Gruppierungen ist es daher nicht abwegig von Linksterrorismus zu sprechen. Wie schmal der Grat zwischen Linksextremismus und -terrorismus sein kann, verdeutlicht nicht zuletzt der Blick ins Ausland und in die deutsche Geschichte.<sup>17</sup>

## Ausblick und Handlungsempfehlungen

Ob es zukünftig keinen akuten Linksterrorismus in Deutschland geben wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die in den Blick genommen werden müssen, wenn man eine unheilvolle Entwicklung verhindern will. Einer dieser Faktoren ist die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, die sowohl in Deutschland, wie auch international festzustellen ist. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes ist eine „Wechselwirkung zwischen Links- und Rechtsextremismus und ein sich hieraus ergebendes Potenzial an erheblicher Gewalteskalation“<sup>18</sup> zu befürchten. Die schien sich unter anderem im Kontext der G-20-Proteste zu bestätigen, anlässlich derer Aktivisten die Wahl des US-Präsidenten Donald Trump wie auch die „Abschottung gegen Flüchtlinge“ als Gründe dafür anführten, sich nicht kategorisch von Gewalt distanzieren zu wollen.<sup>19</sup> Auch die gewalttätige Auseinandersetzung mit Anhängern der „Alternative für Deutschland“ (AfD) wird als notwendiger Akt des Widerstands gerechtfertigt. Insbesondere während des Bundestagswahlkampfes wurde dementsprechend die AfD überproportional häufig zum Ziel von Vandalismus und Gewalt.<sup>20</sup> Ihr Einzug als drittstärkste Kraft in den Bundestag wird weithin als verhängnisvolle Zäsur wahrgenommen und könnte radikale Gegenmaßnahmen heraufbeschwören. Mit dem weltweiten Erstarken von Rechtspopulismus und Nationalismus ist damit längst eine nicht zu unterschätzende Quelle der Radikalisierung entstanden, vergleichbar etwa mit der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Provokations- und Eskalationsdynamik zwischen Rechtspopulisten und Linksextremisten zu stoppen, wird damit zu einer zentralen Aufgabe, will man einer Gewalteskalation an beiden Rändern des politischen Spektrums Einhalt gebieten. Hier müssen gesellschaftliche und staatliche Akteure einen Beitrag dazu leisten, einer weiteren Radikalisierung entgegenzuwirken. Neben der klaren Verurteilung rechtsradikaler Positionen und Gewalt muss dementsprechend auch linksextremes Gewalthandeln kategorisch abgelehnt werden. Politische sowie zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Verantwortung, jede Form extremistischer Gewalt im Sinne

Linksextreme Gewalt nimmt die Gefährdung von Menschenleben in Kauf.

Das Erstarken des Rechtspopulismus droht ähnlich stimulierend auf den Linksextremismus zu wirken wie die weltweite Finanzkrise.

eines antiextremistischen Grundkonsenses zu ächten. Dies gilt vor allem für die Partei Die Linke, die bspw. bei der Protestplanung anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg „eine nicht unbedeutende Funktion“<sup>21</sup> einnahm. Es gilt aber auch für Teile der Jugendorganisationen von Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD, aus deren Reihen links-extremistische Phänomene mitunter verharmlost und Aktivitäten linksextremistischer Akteure offen unterstützt wurden. Deutlich wurde dies bspw. im Falle der linksradikalen Online-Plattform linksunten.indymedia, deren Verbot nicht nur von zahlreichen Vertretern der Linkspartei, sondern auch seitens der Jusos und der Grünen Jugend massiv kritisiert wurde.<sup>22</sup>

Neben den politischen Akteuren sind vor allem die staatlichen Behörden gefragt: So stehen die Bundesregierung und auch die Landesregierungen in der Verantwortung, ihre jeweiligen Sicherheitsbehörden zur effektiven Beobachtung und Strafverfolgung linksextremer Aktivitäten zu befähigen. Auch in Zeiten des islamistischen Terrorismus sowie gestiegener rechtsextremer Gewalttaten müssen hierfür ausreichend Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für die Präventionsarbeit auf Bundes- und Landesebene. Erst seit 2010 ist der Linksextremismus auf Bundesebene Gegenstand für die Präventions- und Bildungsarbeit. Jedoch mangelt es aus Sicht vieler Praktiker in diesem Bereich an politischer Anerkennung und Rückendeckung. Für die zukünftige Bundesregierung stellt sich daher die Aufgabe, ein deutliches Zeichen zu setzen und die kritische Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus zu unterstützen und finanziell dringend auszubauen. Es muss demokratischen Akteuren bewusst sein, dass der aktuellen Polarisierung der Gesellschaft nur dadurch effektiv beizukommen ist, indem man sich den Herausforderungen durch den Islamismus sowie von „rechts“ und „links“ gemeinsam, offensiv und konsequent entgegenstellt.

- 1] *Siehe Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Irene Mihalic, Konstantin von Notz, Tabea Rößner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/13132, Sicherheitskonzeption des G20-Gipfels in Hamburg, S. 4.*
- 2] *Vgl. Udo Baron, Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg, in: Die Kriminalpolizei. Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Dezember-Ausgabe 2017, <https://www.kriminalpolizei.de/ausgaben/2017/dezember/detailansicht-dezember/artikel/linksextremistische-proteste-gegen-den-g20-gipfel-in-hamburg.html> [abgerufen am 15.12.2017].*
- 3] *Vgl. unbekannt, De Maizière vergleicht Hamburger Gewalttäter mit Neonazis, 10.07.2017, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/ausschreitungen-g20-thomas-de-maiziere> [abgerufen am 16.08.2017].*
- 4] *Vgl. Klaus Schroeder, Aspekte der Politisierung und Radikalisierung von Linksradikalen/Linksextremisten, in: Ralf Altenhof, Sarah Bunk, Melanie Piepenschneder (Hg.), Politischer Extremismus im Vergleich (= Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Band 3), Berlin 2017, S. 263-293; hier S. 271. „Linksextrem“ meint hierbei sowohl „politisch links motivierte“ (gemäß dem BKA) als auch „linksextremistisch motivierte“ (gemäß des BfV) Straftaten.*
- 5] *Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) (Hg.), Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2017, S. 2f. Siehe hierzu auch ders. (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin 2017, S. 24, 29 sowie 101.*
- 6] *Vgl. unbekannt, Maaßen warnt vor zunehmend gewaltbereiten Linksextremisten, 15.07.2017, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/verfassungsschutz-warnt-vor-zunehmend-gewaltbereiten-linksextremisten> [abgerufen am 24.07.2017].*
- 7] *Der Name der Frau war Edith Kletzthändler. Sie wurde von Christian Klar auf der Flucht nach einem Banküberfall erschossen. Vgl. Willi Winkler, Ein Kriegsdienstverweigerer, der zum Krieger wurde, 17.05.2010, in: Süddeutsche.de, <http://www.sueddeutsche.de/politik/klars-biographie-ein-kriegsdienstverweigerer-der-zum-krieger-wurde-1.775823> [abgerufen am 24.07.2017].*
- 8] *Vgl. BMI (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2016, S. 103.*
- 9] *Vgl. ebda., S. 103. Vgl. auch Armin Pfahl-Traugher, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, 26.08.2014, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33632/autonome> [abgerufen am 30.07.2017].*

- 10| Der Artikel von Sebastian Leber für den Berliner „Tagesspiegel“, in dem er die Aktivität der autonomen Antifa-Gruppen lobt, steht hierfür exemplarisch. Siehe Sebastian Leber, *Chaoten oder Heilsbringer? Danke, liebe Antifa!*, 24.01.2014, in: *Tagesspiegel.de*, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/chaoten-oder-heilsbringer-danke-liebe-antifa/9382378-all.html> [abgerufen am 01.08.2017]. Ähnlich auch Sebastian Erb, *Danke, Antifa*, 13.08.2014, in: *taz.de*, <http://www.taz.de/!5035580/> [abgerufen am 01.08.2017].
- 11| Vgl. Udo Baron, *Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg*.
- 12| Vgl. unbekannt, *Maaßen warnt vor zunehmend gewaltbereiten Linksextremisten*.
- 13| Vgl. Bundeskriminalamt (BKA), Interview: BKA-Präsident Münch: „Rot heißt: besonders gefährliche Person“, Interview der Frankfurter Rundschau, 21.07.2017, in: *ders.*, [https://www.bka.de/DE/Presse/Interviews/2017/170721\\_InterviewMuenchFrankfurterRundschau.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Interviews/2017/170721_InterviewMuenchFrankfurterRundschau.html) [abgerufen am 27.07.2017].
- 14| Siehe exemplarisch Karsten Polke-Majewski, *G20-Ausschreitungen. Die Schlacht auf der Schanze*, 08.07.2017, in: *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-07/g20-ausschreitungen-schanze-schwarzer-block-polizei/komplettansicht> [abgerufen am 17.07.2017].
- 15| Siehe Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hg.), *Beteiligung von Linksextremisten und Ausländerextremisten an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg*, in: *BfV-Newsletter Nr. 3/2017 – Thema 4*, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter/newsletter-archiv/bfv-newsletter-archiv/bfv-newsletter-2017-03-archiv/bfv-newsletter-2017-03-thema-04> [abgerufen am 14.12.2017].
- 16| Vgl. Udo Baron, *Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg*.
- 17| Vgl. hierzu *ders.*, *Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotenzial einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt*, in: Armin Pfahl-Traugher (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013* (= *Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung*, Bd. 7), Brühl 2013, S. 137-160; hier S. 139ff. Zur Diskussion des Terrorismus-Begriffs siehe außerdem Kristina Eichhorst, *Terrorismus – eine schwierige Begriffsbestimmung*, in: *Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel* (Hg.), *Jahrbuch Terrorismus 2006*, Opladen und Farmington Hill 2007, S. 23-36.
- 18| Hans-Georg Maaßen, *„Wechselwirkungen von Extremismen: Die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland“*, Rede von BfV-Präsident Dr. Hans-Georg Maaßen beim Mönchengladbacher Bündnis „Aufstehen! Für Menschenwürde – Gegen Rechtsextremismus“ am 23. Mai 2016, in: *Bundesamt für Verfassungsschutz*, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/rede-p-mg-buendnis-2016-05-23> [abgerufen am 14.12.2017].
- 19| Vgl. hierzu exemplarisch das Interview mit dem Sprecher und dem Anwalt der „Roten Flora“ in Hamburg, Andreas Blechschmidt und Andreas Beuth, in der „Zeit“: Charlotte Parnack und Christoph Twickel, *G20-Gipfel. „Blockieren, lahmlegen, verzögern“*, 28.06.2017, in: *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/2017/27/g20-gipfel-demonstration-hamburg-rote-flora-widerstand> [abgerufen am 10.10.2017]. Vgl. auch das Interview mit der Sprecherin der „Interventionistischen Linken“, Emily Laquer, mit „Zeit Online“: Sigrid Neudecker, *G20-Gipfel. „Ein abgebranntes Auto ist immer noch Sachbeschädigung“*, 27.04.2017, in: *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2017-04/g20-gipfel-demonstrationen-blockg20-emily-laquer-hamburg/komplettansicht> [abgerufen am 17.07.2017].
- 20| Vgl. Florian Flade, *BKA-Lagebild. 2250 Straftaten in Zusammenhang mit Bundestagswahl*, 16.09.2017, in: *Welt Online*, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168688521/2250-Straftaten-in-Zusammenhang-mit-Bundestagswahlkampf.html> [abgerufen am 10.10.2017].
- 21| Udo Baron, *Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg*.
- 22| Siehe beispielhaft *DIE LINKE*.Baden Württemberg (Hg.), *DIE LINKE. Baden-Württemberg kritisiert Indymedia-Verbot*, Pressemitteilung des Landesvorstandes, 25.08.2017, in: *DIE LINKE*.Baden Württemberg, <http://www.die-linke-bw.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/die-linke-baden-wuerttemberg-kritisiert-indymedia-verbot/> [abgerufen am 14.12.2017]. Siehe auch Markus Wehner, *Solidarität mit „Linksunten“*. Der linksextreme Zwecke heiligt die Mittel, in: *FAZ.net* vom 31.08.2017, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linksextreme-website-jusos-und-gruene-jugend-solidarisieren-sich-15177600.html> [abgerufen am 14.12.2017].



### Der Autor

*Norman Siewert ist Mitglied im KAS-Arbeitskreis „Terrorismus und Innere Sicherheit“ sowie Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Kristina Eichhorst**

*Koordinatorin Terrorismusabwehr und Konfliktmanagement*

*Team Politikdialog und Analyse*

*Europäische und Internationale Zusammenarbeit*

*Telefon: +49(0)30/26996-3398*

*E-Mail: Kristina.Eichhorst@kas.de*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-403-4*

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© Pawel Kopczynski, reuters